



101. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 08.01.2014, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.12.2013**

- 3 Finanzielle Beteiligung der Stadt an den Mehrwert-Gartenprojekten der Stiftung Prof. Dorgerloh

- 4 Luftschiffhafen - Sachstandsbericht

- 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 5.1 Übertragung des Medienhauses an die Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
13/SVV/0762
 - 5.2 Geschäftsführergehälter in städtischen Unternehmen Fraktion Die Andere
13/SVV/0757
 - 5.3 Einsparungen zur Vermeidung einer Haushaltssperre Fraktion Die Andere
13/SVV/0752

5.4 Einrichtung einer Klimaagentur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
13/SVV/0688

6 **Mitteilungen der Verwaltung**

7 **Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

8 **Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.12.2013**

9 Unentgeltliche Übertragung des Grundstücks An der Orangerie in Potsdam Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
13/SVV/0869

10 **Mitteilungen der Verwaltung**

10.1 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
13/SVV/0867

11 **Sonstiges**



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0762

Betreff:

öffentlich

Übertragung des Medienhauses an die Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH

Einreicher: Oberbürgermeister

Erstellungsdatum 15.11.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.12.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Übertragung der Eigentumsanteile am Medienhaus erfolgt abweichend vom Beschluss der SVV vom 10. April 2012 (DS 12/SVV/0135) an die Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

zurückgestellt zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Die Eigentumsanteile am Medienhaus wurden bisher weder bei der TGZP GmbH noch bei der ZFF GmbH bilanziert. Nach Übertragung erfolgt die Bilanzierung dann bei der ZFF GmbH. Evtl. weitere bilanzielle Auswirkungen werden verwaltungsintern (925 und 112) geprüft. Im Zusammenhang mit der Übertragung des Medienhauses entstehende Kosten trägt die ZFF GmbH.

ggf. Folgebblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:

Die Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP GmbH) als 100 % städtisches Unternehmen wird sich langfristig auf die gewerbliche Entwicklung im Bereich des Wissenschaftsparks Potsdam-Golm und weiteren Bereichen der Stadt konzentrieren.

Gleichzeitig soll sich die Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH (ZFF GmbH) als 100 % Tochtergesellschaft der TGZP GmbH künftig stärker für die Entwicklung des Medienstandorts Babelsberg sowohl im Kernbereich der Medienstadt als auch in der sogenannten Medienstadt 2 südlich der Großbeerenstraße zu engagieren.

Deshalb wird seitens der Landeshauptstadt Potsdam angestrebt, die Eigentumsanteile am Medienhaus nicht auf die TGZP GmbH, sondern auf die ZFF GmbH zu übertragen. Damit soll die ZFF GmbH auch langfristig entsprechend ihres Unternehmensgegenstandes wirtschaftlich ausgerichtet werden. Die ZFF GmbH ist dann zugleich Eigentümer und Betreiber des Medienhauses.

Eine direkte Einflussnahme der LHP auf die ZFF GmbH ist über die Gremien der Gesellschaften TGZP GmbH und ZFF GmbH gesichert.

Rahmenbedingungen:

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) hat die Entwicklung des Film- und Medienstandorts Potsdam durch ihr Engagement bei der Errichtung des Zentrums für Film- und Fernsehproduzenten (ZFF) in der Medienstadt Babelsberg auf der Grundlage des Beschlusses der SVV vom 01.02.1995 (DS 95/041/2) unterstützt.

Das ZFF wurde mehr als 15 Jahren von der eigens dafür gegründeten Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH (ZFF GmbH) mit den Gesellschaftern TGZP GmbH (51 %) und Studio Babelsberg AG (49 %) erfolgreich betrieben.

Grundlage dafür bildete ein umfassendes Vertragswerk von miteinander verbundenen Verträgen, das insbesondere die dem Förderzweck entsprechende Verwendung der Mittel und Nutzung des Objektes gewährleisten sollte. Gleichzeitig beinhaltet es aber auch Regelungen für eine Kündigung des Pachtvertrages für das Grundstück auf dem das ZFF errichtet wurde, für das Ausscheiden eines Gesellschafters aus der ZFF GmbH und für eine mögliche Aufteilung des ZFF frühestens nach dem 31.12.2011.

Durch die Studio Babelsberg AG wurde der Pachtvertrag zum 31.12.2011 gekündigt. Die Kündigung führte gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages der ZFF GmbH zum Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 08.02.2012 wurden die Gesellschaftsanteile der Studio Babelsberg AG eingezogen.

Auf der Grundlage des Beschlusses der SVV vom 10. April 2012 (DS 12/SVV/0135) hat die TGZP GmbH die bisher von der Studio Babelsberg AG gehaltenen Gesellschafteranteile an der Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH (ZFF GmbH) erworben. Damit ist die TGZP GmbH alleiniger Gesellschafter der ZFF GmbH. Beschlossen wurde auch die Ausübung der Option der Landeshauptstadt Potsdam zur Übernahme der Eigentumsanteile am Medienhaus als eigenständigem Teil des ZFF und die Übertragung der Eigentumsanteile am Medienhaus an die TGZP GmbH.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Option auf Übernahme des Medienhauses am 28.03.2013 ausgeübt und bestimmt, dass das Medienhaus auf die TGZP GmbH übertragen werden soll.

Die Voraussetzungen für die Übernahme liegen vor (Abgeschlossenheitsbescheinigung, Teilungserklärung). Der von Studio Babelsberg übergebene Entwurf des Übertragungsvertrages wird gegenwärtig geprüft und zwischen den Vertragsparteien abgestimmt

Nunmehr sollen abweichend vom o.g. Beschluss mit einer Übertragung des Medienhauses an die ZFF GmbH die Voraussetzungen für ein stärkeres Engagement der ZFF GmbH für die Entwicklung des Medienstandorts Babelsberg geschaffen werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0757

öffentlich

Betreff:

Geschäftsführergehälter in städtischen Unternehmen

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 14.11.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.12.2013

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den städtischen Betrieben werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Gehälter für Geschäftsführer/innen von städtischen Betrieben solange nicht erhöht werden, bis eine Bezahlung aller Beschäftigten nach öffentlichem Tarif gewährleistet ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2014 über die eingeleiteten Maßnahmen zu unterrichten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit

Ja

Nein

Enthaltung

erledigt

abgelehnt

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In den letzten Jahren behandelte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag unserer Fraktion mehrfach die Bezahlung der Angestellten im städtischen Klinikum „Ernst von Bergmann“. Bis heute erhalten die Pflegekräfte im kommunalen Krankenhaus und in den Tochtergesellschaften keine Entlohnung nach öffentlichem Tarif. Dies wurde immer wieder mit der finanziellen Situation des Klinikums begründet, obwohl der Betrieb seit einigen Jahren Millionenüberschüsse erwirtschaftet und den städtischen Eigenanteil bei öffentlich geförderten Investitionsmaßnahmen (z.B. aus dem Konjunkturpaket II) übernehmen konnte.

Wir halten es für vordringlich, dass alle Beschäftigten in städtischen Betrieben für ihre Arbeit nach öffentlichem Tarif entlohnt werden, bevor die Geschäftsführer/innen - die bereits jetzt deutlich mehr als der Oberbürgermeister verdienen - weitere Gehaltsaufstockungen erhalten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0752

öffentlich

Betreff:

Einsparungen zur Vermeidung einer Haushaltssperre

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 12.11.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.12.2013

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam kürzt im Haushalt 2014 bei folgenden Posten die Ausgaben in Höhe von mindestens 1.000.000 €:

Stadtmarketing	269.290,00 €
Wifö, Tourismusarbeit	802.900,00 €
Wifö, Projektförderung Innenstadt	45.000,00 €
Wifö, Geschäftsstraßenmanagement	92.000,00 €

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die nötigen Maßnahmen zur Einsparung der Mittel zu ergreifen und erforderlichenfalls der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Jan Wendt
Fraktionsvorsitzender

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

erledigt abgelehnt

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Wie seit ca. 2 Wochen täglich in der Lokalpresse nachzulesen ist, hat die Stadt Potsdam einen Vertrag mit der Schlösserstiftung (SPSG) geschlossen, der die Bezuschussung der SPSG in Höhe von 1.000.000 €/Jahr aus dem städtischen Haushalt regelt.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat den Oberbürgermeister zwar mit dem Abschluss des Vertrages beauftragt, nun aber keine Deckungsquelle für diese zusätzliche Ausgabe beschlossen. Weder Tourismusabgabe noch Bettensteuer erhielten eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung.

Nunmehr hat der Oberbürgermeister angekündigt, 2014 eine Haushaltssperre zu verhängen. Es war weiterhin in der Presse zu lesen, dass die freiwilligen Leistungen im Bereich Kultur, Sport und Soziales gekürzt werden sollen, um den Zuschuss an die Schlösserstiftung zu finanzieren.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die angedrohte Haushaltssperre vermieden werden. Die erforderlichen Kürzungen sollen stattdessen bei den touristischen Aufwendungen vorgenommen werden.

Falls die Gewerbetreibenden die zur Kürzung vorgeschlagenen Maßnahmen z.B. im Rahmen einer freiwilligen Abgabe finanzieren, können die Leistungen natürlich weitergeführt werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0688

öffentlich

Betreff:

Einrichtung einer Klimaagentur

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 22.10.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß Drucksache 11/SVV/0126 „Integriertes Klimaschutzkonzept der LH P 2010 bis 2020 (IKK)“, Maßnahme M5-1, wird eine unternehmensunabhängige Klimaagentur auf Grundlage der Maßnahmenbeschreibung gegründet.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

erledigt abgelehnt

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der Öffentlichkeit wurde die Gründung einer Klimaagentur durch die Stadtwerke Potsdam bekannt. Die Einrichtung dieser Agentur im Unternehmensverbund der Stadtwerke deckt viele Maßnahmen aus dem Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit des IKK ab, soll aber in Ihrem Handlungsauftrag auch wichtige Akteure, wie die Bauverwaltung, ProPotsdam GmbH, HWK, IHK, Wirtschaftsförderung, u.a. berücksichtigen. Eine nur bei den Stadtwerken angesiedelte Klimaagentur erreicht aber viele Zielgruppen gerade im Baubereich nicht. Eine unternehmensunabhängige Klimaagentur sollte jedoch für die Umsetzung der Klimaschutzziele maßgebliche Schnittstelle zwischen allen Akteuren sein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
11.12.2013
- 3 Finanzielle Beteiligung der Stadt an den Mehrwert-Gartenprojekten der Stiftung
Prof. Dorgerloh
- 4 Luftschiffhafen - Sachstandsbericht
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Übertragung des Medienhauses an die Zentrum für Film- und
Fernsehproduzenten GmbH
Vorlage: 13/SVV/0762
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 5.2 Geschäftsführergehälter in städtischen Unternehmen
Vorlage: 13/SVV/0757
Fraktion Die Andere
- 5.3 Einsparungen zur Vermeidung einer Haushaltssperre
Vorlage: 13/SVV/0752
Fraktion Die Andere
- 5.4 Einrichtung einer Klimaagentur
Vorlage: 13/SVV/0688
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.12.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Er schlägt vor, den TOP 4 „Luftschiffhafen – Sachstandsbericht“ vor TOP 3 „Finanzielle Beteiligung der Stadt an den Mehrwert-Gartenprojekten der Stiftung“ zu behandeln, da Herr Prof. Dorgerloh erst gegen 17:30 Uhr an der Sitzung teilnehmen kann.

Des Weiteren liegt zum TOP 4 „Luftschiffhafen – Sachstandsbericht“ ein Antrag auf Rederecht von Herrn Heintz, Vorsitzender der Elternkonferenz Sportschule Potsdam vor.

Der Oberbürgermeister schlägt außerdem vor, die Tagesordnung unter dem TOP 6 „Mitteilungen der Verwaltung“ um eine Information zur „Ausschreibung der Tourismusdienstleistungskonzession“ zu erweitern.

Unter dem TOP 7 „Sonstiges“ werden auf Wunsch von Herrn Dr. Scharfenberg Informationen gegeben zum:

- Stand der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 13/SVV/0461 „Standort Weisse Flotte“
- Bau des Gemeindezentrums der Russisch-Orthodoxen Kirche

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 100. Sitzung vom 11.12.2013 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen **bestätigt**.

Der Oberbürgermeister stellt den Anwesenden Frau Rigot vor, die zukünftig die Aufgaben von Herrn Kümmel für den Hauptausschuss wahrnimmt.

zu 4 Luftschiffhafen - Sachstandsbericht

Der Oberbürgermeister erteilt Herrn Heintz, Vorsitzender der Elternkonferenz der Sportschule „Friedrich Ludwig Jahn“ das Wort.

Herr Heintz trägt vor, dass die Sperrung der Schwimm- und Leichtathletikhallen für die Sportschule ein sehr großes Problem darstellt, da den Schülern nun die Trainingsmöglichkeiten fehlen. Er lobt das schnelle Handeln der Landeshauptstadt Potsdam und des Olympiastützpunktes, wodurch kurzfristig ein Teil der Trainingszeiten aufgefangen werden konnte. Jedoch sei dies für den strukturierten Trainingsprozess der Sportschüler immer noch zu wenig.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Einschulungsgespräche werde befürchtet, dass sich viele Eltern gegen Potsdam entscheiden werden.

Die Mitglieder der Elternkonferenz und die Sportschule fordern eine Beschleunigung der Entscheidungs- und Begutachtungszeit. Weiterhin sollten die Schüler, Trainer und Lehrer schnellstmöglich informiert werden, wie und ab wann die langfristig geplanten Trainingsumfänge und der geregelte Unterrichtsablauf wieder aufgenommen werden können.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Heintz für seine Ausführungen und betont, wie wichtig es ist, mit allen Beteiligten in einen ständigen Informationsaustausch zu treten. Im Folgenden berichten Frau Dr. Magdowski und Frau Runge über den aktuellen Stand der Untersuchungen und die Schaffung von Alternativmöglichkeiten. Zudem stellen Frau Krusemark und Herr Erdmann den aktuellen Stand der Aufarbeitung des Sachverhaltes vor.

Frau Dr. Magdowski betont in ihren Ausführungen, dass mit dem derzeitigen Ergebnis niemand gerechnet habe. Die Luftschiffhafen GmbH suche gegenwärtig am Standort nach Ausweichmöglichkeiten. Des Weiteren finden Abstimmungsgespräche mit dem Staatlichen Schulamt zum Schulspport statt; die nächste Abstimmung sei für Mitte Januar geplant.

Zu den derzeitigen Ausweichmöglichkeiten ergänzt Frau Rademacher, dass bereits seit dem 09.12.2013 eine Verteilung der verschiedenen Nutzergruppen u.a. auf Ausweichschwimmbäder erfolgt sei. Dadurch könne jedoch nur 1/3 des tatsächlichen Bedarfes abgedeckt werden. Die derzeitigen Belegungspläne sollen Mitte Januar überprüft und angepasst werden. Zudem seien die Fechthalle und das Haus 33 für die anderen Sportarten aktiviert und die Nutzungszeiten in den Hallen gestrafft sowie Trainingszeiten auf Berliner Hallen, die Schwimmhalle Am Brauhausberg sowie in der Bundeswehrrkaserne in Geltow ausgeweitet worden. Die Nennung eines Fertigstellungstermins für das Gutachten sei leider nicht möglich.

Frau Runge erläutert anschließend die ersten Zwischenergebnisse des im Dezember in Auftrag gegebenen Gutachtens. Die Leichtathletikhalle sei demnach, aufgrund von Korrosionsschäden in einem wesentlich schlechteren Zustand als vermutet. Wie schwerwiegend die Korrosionen am Dach der Schwimmhalle sind, könne erst nach eingehender Untersuchung gesagt werden. Ob die Gefahr von Spannungsrisskorrosionen besteht, sei derzeit auch noch unklar.

Parallel dazu werden Ausweichmöglichkeiten durch die Luftschiffhafen GmbH geprüft, ein Maßnahmenzeitplan soll noch im Januar vorgelegt werden. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklärt Frau Runge, dass eine Beschleunigung der Erarbeitung des Gutachtens nicht möglich sei, da aufwändige Laboruntersuchungen zur Stabilität des Betons durchgeführt werden müssen.

Auf Nachfrage von Frau B. Müller und Herrn Schubert teil sie mit, dass sie zum aktuellen Stand der Errichtung von Ersatzhallen momentan keine Angaben machen könne, da Herr Klemund diese Gespräche geführt habe, sich aber zurzeit im Urlaub befinde. Der Sachstand könne schriftlich nachgereicht werden.

Es werden bereits Fahrtkostenerstattungen an die Schüler für die zusätzlichen Fahrten zwischen Schulstandort und Ausweichtrainingsort gezahlt, so Frau Rademacher.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor:

Es ist ein wöchentliches Jour Fix zu etablieren in dem alle Beteiligten über den Stand der Dinge informieren.

Frau Dr. Magdowski legt zur Hauptausschusssitzung am 22. Januar 2014 eine schriftliche Mitteilung zu den terminlichen Abläufen, möglichen Standorten für temporäre Lösungen, notwendige Genehmigungsverfahren sowie zu erwartenden Kosten vor. Darüber ist auch der Ausschuss für Bildung und Sport in seiner

Sitzung am 14.01.2014 zu informieren.

Darüber hinaus ist der Hauptausschuss am 22.01.2014 über vorliegende Angebote bzgl. alternativer Trainingsmöglichkeiten zu informieren.

Herr Erdmann stellt den Anwesenden den derzeitigen Erkenntnisstand der Kommission zu den laufenden Untersuchungen vor. Diese habe festgestellt, dass Teile des alten Daches der Leichtathletikhalle nicht entfernt, sondern aufgrund des guten Zustandes und mit Zustimmung aller am Bauprozess Beteiligten überbaut wurde, um die Baukosten zu senken. Zu klären sei noch ob ein Baustatiker am Verfahren beteiligt wurde.

Frau Krusemark legt dar, dass dieses Verfahren zu dieser Zeit gängige Praxis und durchaus in Ordnung gewesen sei. Wann ein Gutachten zu den Sanierungskosten vorgelegt werden kann, sei noch unklar. Die Stadt hat zunächst Feststellungsklage eingereicht, um eine eventuelle Verjährung von Ansprüchen zu hemmen. Weiterhin werde geprüft, ob die Schäden eventuell auch auf unterlassene Unterhaltungsmaßnahmen zurückzuführen seien. Problematisch war zunächst, dass nicht alle Unterlagen zu den Sanierungsarbeiten vorlagen, was damit zu begründen sei, dass Zuständigkeiten bezüglich der Kommunalen Gebäude in der Stadt vom damaligen Hochbauamt auf den Kommunalen Immobilienservice übertragen wurden.

Die Unterlagen zu den Dachsanierungsmaßnahmen liegen vor. Daraus ist erkennbar, dass die Abrechnung dem geänderten Auftrag angepasst wurde.

Zum aktuellen Stand der Untersuchungen werde im Ausschuss für Bildung und Sport am 14.01.2014 sowie im Hauptausschuss am 22.01.2014 informiert.

zu 3 Finanzielle Beteiligung der Stadt an den Mehrwert-Gartenprojekten der Stiftung

Prof. Dorgerloh

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Dorgerloh, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.

Herr Prof. Dorgerloh informiert darüber, wie die von der Landeshauptstadt Potsdam bereitgestellten Mittel eingesetzt werden. Dies sei ganz konkret in der abgeschlossenen Vereinbarung festgelegt worden und betreffe u.a. Maßnahmen im Bereich Lustgarten - Große Fontäne – Oberliskportal. In einer gemeinsamen Begehung mit Mitarbeitern des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Bereich Untere Denkmalschutzbehörde habe man sich zum weiteren Verfahren verständigt. Im Sommer werde es einen weiteren Rundgang geben, um den Sachstand zu ermitteln. Geplant sei, Ende des Jahres die Maßnahmen zum Abschluss zu bringen.

Auf die Frage von Herrn Schultheiß, warum Eintrittsgelder für den Park Sanssouci erwogen werden, jedoch nicht alternativ über die Erhöhung der Eintrittsgelder für die Schlösser nachgedacht wird, antwortet Herr Prof. Dorgerloh, dass die Eintrittsgelder bereits erhöht worden seien. Das Defizit für die Parkpflege sei jedoch so hoch, dass zusätzliche Einnahmen notwendig werden. Hinzu käme, dass der Verkauf der Jahreskarten sehr stark zurückgegangen sei.

Anschließend wird die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zu einer eventuellen Übernahme von Forstmitarbeitern dahingehend beantwortet, dass es

diesbezügliche Überlegungen gebe, allerdings müsse der zu zahlende Mindestlohn in Höhe von insgesamt ca. 1,25 Mio € auch erst erwirtschaftet werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Heinzl, ob der bestehende Vertrag zwischen Landeshauptstadt und Stiftung veränderbar sei und ob er auch eine Kündigungsklausel enthalte antwortet der Oberbürgermeister, dass bestehende finanzielle Probleme keinen Kündigungsgrund darstellen.

Herr Prof. Dorgerloh ergänzt, dass die Kündigung des Vertrages automatisch die Einführung des Parkeintritts bedeute.

Frau Bankwitz betont, sie könne sich eine Verlängerung des Vertrages unter den gegebenen Bedingungen nicht vorstellen und fragt Herrn Prof. Dorgerloh, ob sich die Stiftung über diesen Fall bereits Gedanken gemacht habe. Dieser entgegnet, dass sich die Stiftung derzeit in einer fünf jährigen Modellphase befinde und nach drei Jahren eine Evaluation stattfinden werde. Auf Grundlage der Ergebnisse könne dann über weitere Schritte entschieden werden.

Weiterhin werden Möglichkeiten diskutiert, den freiwilligen Parkeintritt für die Besucher attraktiver zu gestalten.

Herr Prof. Dorgerloh fügt ergänzend hinzu, dass die Nutzung des Parks zu 90 % von Ortsansässigen erfolge – die Wertschöpfung allerdings gleich Null sei. Er verweist zum Abschluss darauf, dass Ziel der Stiftungsarbeit sei, das kulturelle Erbe für die Stadt und die unterschiedlichsten Nutzergruppen zu sichern.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Übertragung des Medienhauses an die Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH

Vorlage: 13/SVV/0762

Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Übertragung der Eigentumsanteile am Medienhaus erfolgt abweichend vom Beschluss der SVV vom 10. April 2012 (DS 12/SVV/0135) an die Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **13**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **2**

zu 5.2 Geschäftsführergehälter in städtischen Unternehmen

Vorlage: 13/SVV/0757

Fraktion Die Andere

Herr Wendt bringt die Vorlage ein. Anschließend empfiehlt der

Oberbürgermeister, diesem Antrag nicht zu folgen, da er keine Möglichkeit sehe, Einfluss auf den bestehenden Haustarifvertrag des Klinikums Ernst von Bergmann zu nehmen.

Die Vorlage wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den städtischen Betrieben werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Gehälter für Geschäftsführer/innen von städtischen Betrieben solange nicht erhöht werden, bis eine Bezahlung aller Beschäftigten nach öffentlichem Tarif gewährleistet ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2014 über die eingeleiteten Maßnahmen zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	9
Stimmenthaltung:	6

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 5.3 Einsparungen zur Vermeidung einer Haushaltssperre

Vorlage: 13/SVV/0752

Fraktion Die Andere

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass im Ausschuss für Finanzen informiert wurde, dass diese Vorlage durch Verwaltungshandeln erledigt ist. Er schlägt vor, diese Vorlage im Hauptausschuss ebenfalls für erledigt zu erklären.

Er stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	5

zu 5.4 Einrichtung einer Klimaagentur

Vorlage: 13/SVV/0688

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler bringt die Vorlage ein.

Die Gespräche zur Einrichtung einer Klimaagentur liefen seit zwei Jahren, so Frau Lippert. Sie begrüße die diesbezügliche Initiative der Stadtwerke Potsdam. Die Beratung der Betroffenen finde immer in enger Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale statt.

Der Oberbürgermeister stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Gemäß Drucksache 11/SVV/0126 „Integriertes Klimaschutzkonzept der LH P 2010 bis 2020 (IKK)“, Maßnahme M5-1, wird eine unternehmensunabhängige Klimaagentur auf Grundlage der Maßnahmenbeschreibung gegründet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**
Ablehnung: **13**
Stimmenthaltung: **0**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

neu Ausschreibung des Vertrages über die Erbringung touristischer Dienstleistungen

Herr Frerichs informiert über die einvernehmliche Einigung mit der TMB GmbH den Vertrag nicht über 2014 hinaus zu verlängern. Zwischenzeitlich wurde entschieden, das Ausschreibungsverfahren nicht nur Verwaltungsintern vorzubereiten, sondern sich externen Sachverstand zur Hilfe zu nehmen, da die Konzession Europaweit auszuschreiben sei.

Auf Nachfrage von Frau Bankwitz ergänzt er, dass ebenfalls die Beratungstätigkeit für das Verfahren einer Ausschreibung bedarf.

Der erarbeitete Ausschreibungstext für die touristische Dienstleistungskonzession wird dem Hauptausschuss vorab zur Kenntnis gegeben.

zu 7 Sonstiges

Aktueller Stand der Gespräche mit der Weissen Flotte in Umsetzung des Beschlusses DS 13/SVV/0461

Herr Klipp informiert, dass in Umsetzung des Auftrages der Stadtverordnetenversammlung diese Woche die Gespräche mit der Weissen Flotte fortgesetzt werden.

Herr Dr. Scharfenberg betont nachdrücklich, dass bei der Umsetzung des Beschlusses darauf zu achten sei, die Voraussetzungen bis März zu schaffen.

Bau des Gemeindezentrums der Russisch-Orthodoxen Kirche

Zum Bauvorhaben führt Herr Klipp aus, dass nunmehr gemeinsam mit dem Bauträger ein neuer Standort gefunden wurde. Ebenfalls liege hierzu nun auch eine Stellungnahme des Landesdenkmalamtes vor, welche im Ergebnis „verhalten positiv“ ausfalle. Durch das Landesdenkmalamt werden weitere Prüfungen des Standortes gefordert. Weiterhin müsse bei der Planung auf eine starke Korrespondenz mit den umliegenden Gebäuden geachtet werden. So solle der Neubau sehr zurückhaltend, schlicht und einfach, geplant werden. Zudem sei ein geeignetes wettbewerbliches Verfahren für die Planung vorgeschlagen

worden.

Auf die Frage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob eine Grundsteinlegung im September dieses Jahres realistisch sei, führt Herr Klipp aus, dass der erste Spatenstich erst nach Genehmigung des Bauantrages möglich sei und ihm dieser Zeitplan sehr knapp erscheine. Daneben sei die Möglichkeit der Finanzierung des Wettbewerbsverfahrens durch den Bauherrn selbst fraglich. Der Oberbürgermeister regt an, bezüglich der Kosten für das Wettbewerbsverfahren Gespräche mit dem Land sowie der Russisch-Orthodoxen Gemeinde zu führen und über eine mögliche Kostenübernahme durch die Landeshauptstadt Potsdam oder das Land Brandenburg zu sprechen.

In der nächsten Hauptausschusssitzung soll erneut zum aktuellen Stand berichtet werden.